

**Jahresbericht Südsudan 2018**

Seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Südsudan im Dezember 2013 geht der südsudanesischer Geheimdienst NISS brutal gegen Anhänger der Opposition vor. Im Jahre 2018 wurden Dutzende Oppositionsangehörige inhaftiert und in Haft u.A. mit Elektroschocks gefoltert. Besonders erschreckend ist, dass der NISS nicht nur im eigenen Staatsgebiet, sondern auch außerhalb der Staatsgrenzen operiert. Mehrere Aktivisten und Anhänger der Opposition, die aufgrund der Situation im Südsudan das Land verlassen hatten, berichteten, dass sie auch an ihrem neuen Aufenthaltsort Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt waren.

Am 24. Januar 2018 erinnerten Amnesty International und Human Rights Watch an die Situation des renommierten Menschenrechtsanwalts und Aktivisten Dong Samuel Luak und des Oppositionspolitikers Aggrey Idri. Die beiden hatten den Südsudan im Jahre 2013 aufgrund der Repressionen verlassen und sich in Nairobi, Kenia niedergelassen. Am 23. bzw. 24. Januar 2017 „verschwanden“ sie plötzlich. Amnesty International geht davon aus, dass sie von südsudanesischen Agenten bzw. in deren Auftrag verschleppt wurden. Am 27. Januar 2017 hatte ein kenianisches Gericht angeordnet, dass Luak und Idri auf keinen Fall in den Südsudan abgeschoben werden dürften, da ihnen dort Folter und Misshandlung drohen würde. Tatsächlich befanden sie sich zu diesem Zeitpunkt wohl schon in Juba: Augenzeugen berichteten, Luak und Idri am 25. und 26. Januar 2017 in der Zentrale des NISS in Juba gesehen zu haben. Im Februar 2017 ordnete ein kenianisches Gericht eine Untersuchung des Verbleibs der beiden Männer an, es wurden bisher jedoch keine Ergebnisse präsentiert.

Kenia hat in der Vergangenheit schon mehrfach Menschen mit Flüchtlingsstatus in den Südsudan abgeschoben. Eine solche Praxis verstößt gegen internationales und nationales Recht. Im November 2016 wurde z.B. der Oppositionssprecher James Gatdet Dak in den Südsudan abgeschoben, obwohl er anerkannter Flüchtling in Kenia war. Zurück in Juba, wurde er vom NISS in Isolationshaft genommen und schließlich von einem Gericht wegen Verrats und anderen Verbrechen gegen den Staat angeklagt.

Am 21. Dezember 2017 hatte die südsudanesischer Regierung mit mehreren Oppositionsgruppen ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart, aus dem sich ergibt, dass alle politischen Gefangenen freizulassen und dem IKRK zu übergeben sind. Amnesty International berief sich auf dieses Abkommen und forderte die Regierung auf, Luak und Idri, sowie alle weiteren politischen Gefangenen freizulassen und sie für die erlittenen Verbrechen angemessen zu entschädigen.

Vom 26. Februar bis 23. März 2018 tagte der UN-Menschenrechtsrat zu seiner 37. Sitzung in Genf. Zu diesem Anlass präsentierte die 2016 eingesetzte UN-Kommission zur Lage der Menschenrechte im Südsudan ihren [aktuellen Bericht](#). Darin kam sie zu dem Ergebnis, dass Regierungsanhänger wie auch Angehörige der Opposition nach wie vor regelmäßig schwerste Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung begehen und sich die Lage im Vergleich zu den Vorjahren nicht verbessert hat. Die Kommission nannte explizit Tötungen, Vergewaltigungen, lang andauernde Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren, schlechte Haftbedingungen, Folter und Misshandlung. All diese Taten bleiben in aller Regel straflos. Die UN-Kommission befand, dass aufgrund des Ausmaßes der Taten von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgegangen werden kann. Die Kommission erneuerte

ihre Forderung an die Regierung, mit der Afrikanischen Union zu kooperieren, die einen Hybrid-Gerichtshof errichten möchte. Amnesty International schloss sich den Bewertungen und Forderungen der UN-Kommission an.

Am 05. Juni 2018 berichtete Amnesty International über die Situation von ehemaligen Häftlingen des NISS, die in Haft gefoltert worden waren und auf Grund der erlittenen Verletzungen keiner Arbeit mehr nachgehen können. Ihre komplette Lebensgrundlage ist damit zerstört. Erschwerend kommt hinzu, dass medizinische und psychologische Behandlungsmöglichkeiten kaum vorhanden sind. Es gibt beispielsweise eine einzige psychiatrische Klinik in Südsudan mit nur zwölf Behandlungsplätzen (Stand: Juli 2016). Amnesty International verlangte von der Regierung Südsudans, Folter und Misshandlung ab sofort zu unterlassen und alle Betroffenen angemessen zu entschädigen. Berichten über Folter und Misshandlung müsse konsequent nachgegangen werden. Außerdem muss die Gesundheitsversorgung im ganzen Land dringend ausgeweitet werden.

Am 28. Juli 2018 wurde der bekannte Wissenschaftler und Aktivist Dr. Peter Biar Ajak am internationalen Flughafen in Juba festgenommen, seitdem befindet er sich in den Händen des NISS.

Am 4. September 2018 veröffentlichte Amnesty International den Bericht [„A trail of broken promises“](#) über die Haftsituation im Südsudan. Der Bericht besagt unter anderem, dass vier Männer, die aufgrund von vermuteten Verbindungen zur Opposition im Jahre 2014 festgenommen und inhaftiert worden waren, bereits zwischen Februar und Juli 2017 gestorben sind. Es handelt sich um Mike Tyson, Alison Mogga Tadeo, Richard Otti und Andria Bambe. Ihr Tod ist auf schlechte Haftbedingungen und unzureichende medizinischen Behandlung zurückzuführen. Amnesty International hat bereits in der Vergangenheit den Tod von mindestens 20 Inhaftierten im Zeitraum Februar 2014 – Dezember 2016 dokumentiert.